

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Gerumträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 199.

Freitag den 26. August.

1898.

Für den Monat September werden noch Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Der Hausbesitzer-Verband und die Feuer-Versicherung.

Dem Verbandstage der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine, der kürzlich in Wiesbaden stattfand, lag auch ein Antrag des Hausbesitzervereins in Prenzlau vor, der folgendenmaßen lautet: „Der Verbandstag möge 1) Vergünstigungen für die Verbandmitglieder in Feuerversicherungs-Angelegenheiten, analog dem Abkommen bezüglich der Haftpflichtversicherung, zu erwirken suchen und, falls dies an der Ringbildung der Feuerversicherungsgesellschaften scheitern sollte, insofern dem Dinge alle Leistungsfähigen Gesellschaften angehören sollten, 2) die Begründung einer eigenen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit im Centralverbande, ähnlich der Leipziger und Hamburger Haftpflichtversicherung, anregen und, falls dieses nicht ausführbar, 3) eine Petition an den Reichstag richten bezugs der Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens.“ Der Antrag wurde vom Verbandstage zwar nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt, es wurde vielmehr beschlossen: „Der Vorstand des Verbandes möge den Antrag des Prenzlauer Vereins prüfen und dem nächsten Verbandstage concrete Vorschläge machen.“ Der Antrag des Vereins zu Prenzlau besteht eigentlich aus zwei Anträgen, deren einer den anderen überflüssig macht. Wenn A. B. eine Verstaatlichung des ganzen Feuerversicherungswesens stattfinden soll, so haben die Begründung einer eigenen Versicherung auf Gegenseitigkeit oder Verhandlungen wegen Vergünstigungen mit den bestehenden Gesellschaften nicht den geringsten Zweck. Aber auch davon abgesehen, zeigen die Anträge, daß ihre Urheber sich das, was sie verlangen, sehr wenig überlegt haben. Was zunächst die Vergünstigungen für die Verbandmitglieder anbelangt, so darf man nicht übersehen, daß heute bereits alle Immobilien versichert sind. In großen Theilen Deutschlands besteht für Immobilien Zwangsversicherung bei öffentlichen Instituten, Feuercoöperativen, Brandversicherungsanstalten und wie sie sonst heißen mögen. Wo den Hausbesitzern die Versicherung freigegeben ist, werden sie schon durch das eigene Interesse veranlaßt, ihre Gebäude zu versichern und wenn sie das eigene Interesse verkennen wollten, so würden die Hypothekengläubiger dafür Sorge tragen. Ohne Versicherung gibt es keine Hypothek auf ein Grundstück. Die Feuerversicherungsgesellschaften haben als Gesamtheit oder als „Ring“, wie der Antrag sagt, gar keinen Grund dazu, den Mitgliedern des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Vergünstigungen zu gewähren, ja nicht einmal ein Recht dazu, weil sie dadurch die übrigen Versicherten benachteiligen würden. Selbst wenn ein Verein geneigt wäre, dem Wunsche zu entsprechen, so würde er gar nicht im Stande sein, es auszuführen, weil er in kleineren Städten, in denen vielleicht die Mehrheit der Hausbesitzer dem Verbandsangehörig, ein so großes Risiko nicht übernehmen könnte. Uebrigens sind die Prämien für Immobilien in Städten, wenn nur für große Versicherungsgesellschaften gesorgt ist, heute schon so gering, daß eine Ermäßigung kaum noch eintreten kann. Mit den Ermäßigungen bei der Haftpflichtversicherung sind Ermäßigungen bei der Feuerversicherung,

namentlich bei der Feuerversicherung von Immobilien, gar nicht zu vergleichen. Die Begründung einer eigenen Gesellschaft kann ja der Verband versuchen; ob seine Mitglieder sich dabei besser stellen würden, als jetzt, ist sehr zweifelhaft; ein öffentliches Interesse aber, einem solchen Vorhaben entgegenzutreten, liegt nicht vor. Zunächst würde der Verband freilich dafür sorgen müssen, daß der Zwang zur Versicherung bei den oben erwähnten öffentlichen Anstalten beseitigt würde; andernfalls könnte nur ein Theil, vielleicht nur ein kleiner Theil der Verbandmitglieder von der geplanten Einrichtung Gebrauch machen. Ueber die Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens braucht nicht viel gesagt zu werden. Der Ring nach Verstaatlichung wird heuteutage häufig in Interessentkreisen laut, wenn man unzufrieden ist, aber nicht weiß, was man thun soll, um die Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen. Gätten die Hausbesitzervereine die staatliche Zwangsversicherung, so würden sie und jedenfalls mit viel mehr Recht, noch viel unzufriedener sein, als sie es heute sind, und sehr bald die Entstaatlichung der Feuerversicherung verlangen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die neuen österreichisch-ungarischen Ministerconferenzen in Sachen des Ausgleichs haben am Mittwoch in Budapest begonnen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Thun, der Finanzminister Raizl und der Handelsminister Dr. Wernleitner traten bezugs Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen in Budapest ein. Für die Ausgleichs-Conferenzen sind drei Tage anberaumt. Wenn möglich, werden beide Ministerpräsidenten am Sonnabend in Wien dem Monarchen Bericht erstatten. Die ungarische Regierung trat am Dienstag zu einem Ministerrath zusammen, um ihren Standpunkt zu präzisieren. Es wird abermals verifiziert, Graf Thun werde beim Kaiser seine Entlassung nachsuchen, falls er bei Ungarn nicht günstige Ausgleichsvorlagen erziele. Der „Köln. Zig.“ wird dagegen „von zuverlässiger Seite“ aus Budapest berichtet, daß bezüglich der rechtlichen Form des vorläufigen Ausgleichsvereinbommens zwischen beiden Regierungen noch in Hülfe ein Einvernehmen erzielt wurde. Bei den Conferenzen werde es sich hauptsächlich darum handeln, welche Bestimmungen der Bodenmischen Ausgleichsvorlagen schon jetzt in Kraft treten sollen und auf welche Art die neue Quote festzustellen wird, falls Graf Thun den Reichstag nicht einberufen wollte. Die ungarische Regierung bietet alles auf, damit die in Bodenmischen Ausgleich teilweise beseitigte ungerechte Einbezugart der Verzugsrechnern, aus der sie für Ungarn jährlich einen Schaden von 1 Million berechnet, im nächsten Jahre unter allen Umständen aufhöre. Seitens der ungarischen Regierung nehmen der Ministerpräsident Baron Banffy, der Finanzminister Dr. v. Lutzsch, der Handelsminister Graf von Daniel und der Ackerbauminister Dr. von Daranyi an den Beratungen Theil.

England. In der chinesischen Frage scheint es nunmehr ausgemachte Sache zu sein, daß in Verhandlungen zwischen England und Rußland eine Verständigung gesucht werden soll. Der neue englische Botschafter Sir C. Scott ist bereits in Petersburg eingetroffen, Herr v. Suol ist auf der Reise nach London und man nimmt an, daß die Rückkehr der beiderseitigen Vertreter mitten in der diplomatischen Ferienzeit den baldigen Beginn der Unterhandlungen bedeute. Der neu ernannte großbritannische Botschafter am Petersburger Hofe, Sir Charles Stewart Scott, wurde am Montag vom Kaiser Nikolaus in Peterhof in feierlicher Audienz empfangen und überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

Serbien. Der Kassationshof in Belgrad bestätigte das gegen den Führer der Radikalen

Pasitsch wegen Beleidigung des Königs Milan gefällte, auf 9 Monate Kerkerstrafe lautende Urtheil. **China.** Die russisch-chinesische Bank hat in Peking eine Zweigniederlassung errichtet. — Li-Hung-Tschang soll nach einer Meldung aus Peking in Folge englischer Reclamationen seine Demission eingereicht, der Kaiser aber dieselbe nicht angenommen haben. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung.

Spanien und America.

Bezüglich der Philippinen will man sich in Spanien noch immer nicht mit der Thatlage abfinden, daß auch hier die spanische Colonialherrlichkeit zu Ende ist. Die Nachricht, daß America die wichtigste und größte der Inseln, Luzon, mit der Stadt Manila behalten will, klingt nur zu glaublich, so daß man auch in Madrid sich an den Gedanken gewöhnen sollte, daß der spanische Besitz an den Philippinen in Zukunft nur ein kläglicher Rest sein wird, während America das Beste für sich annektirt. Gleichwohl halten spanische Regierungskreise noch an der Einbildung fest, daß die Philippinen spanischer Besitz seien und bleiben würden. Man klammert sich an einen Passus des Protokolls des Vertrags über die Kapitulation fest, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kommandant Jaundenes nur die Stadt Manila und die nächste Umgebung den Amerikanern ausgeliefert hat. Die letzteren werden aber danach wenig fragen, denn ihrer ist jetzt die eigentliche Herrschaft auf den Philippinen.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte, da Jaundenes in Manila gefangen ist, sei General Rios General-Gouverneur auf den Philippinen. Viel zu regieren hat dieser „Gouverneur“ aber nicht mehr. Nach dem spanischen Ministerrath am Dienstag erklärte der Marineminister Anon, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manilas erhalten. Inzwischen ist aber schon seit einigen Tagen der Wortlaut der Kapitulationsurkunde bekannt, und diese Erklärung des Ministers erscheint uns so sonderbarer, als das Kabel nach Manila wieder funktioniert.

Nach Meldungen aus Manila ist am 16. d. der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zwischen der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Osten und Norden befestigt. — Wie das „Newyorker Journal“ aus Manila berichtet, befehlt Aguinaldo den Aufständischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernahm die Geschäfte des Gouverneurs.

Daß die Amerikaner die Insel Luzon behalten wollen, geht auch aus einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington hervor, wonach Mac Kinley die Friedenscommission dahin instruirte, „wenigstens“ die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu sichern.

General Augustin, der frühere Generalgouverneur der Philippinen, befindet sich mit seiner Familie an Bord der „Baden“ auf der Rückreise nach Spanien. Der General brach während eines Takums zwischen Hongkong und Singapur den Arm.

Die kubanischen Aufständischen setzen in der That, wie mehrfach berichtet wird, ihre Angriffe gegen die spanischen Truppen fort. Schon neulich wurde von einem Zusammenstoß berichtet, wobei die Spanier Sieger geblieben sein wollten. Jetzt soll nach einer Meldung der Londoner „Morningpost“ aus Washington Generalgouverneur Blanco infolge der unangenehmen Angriffe der kubanischen Rebellen auf spanische Truppen aus Madrid die Befehle empfangen haben, die Feindschaften gegen die Insurgenten wieder zu eröffnen.

Die Schuld an der Vernichtung der spanischen Flotte bei Santiago wird nun dem General Blanco zugeschoben. Die spanische Regie-

Provintz und Umgegend.

† Torgau, 24. Aug. Auf noch unausgeklärte Weise entsand in der Schöne des Delonome...

† Liebenwerda, 24. Aug. Gestern Nachmittag brannten zwei große aneinander grenzende...

† Zeitz, 24. Aug. In Für Grana brannte eine größere Fläche Gerste auf dem Halme ab...

† Hohenmölsen, 23. Aug. Heute Abend in der achten Stunde stach der unter dem Namen...

† Meuselwitz, 24. Aug. Beim Brand auf dem Kiefernacker blieben die Schädler, sowie die...

† Langenweddingen, 24. Aug. Heute Morgen 7 1/2 Uhr ist auf dem östlichen Ueberwege...

† Gisteln, 24. Aug. Eine die Waßgleise bei Stechbale überfahrende Gänseherde wurde...

† Rieburg, 24. Aug. Gestern Abend wurde hier das Opfer des Brandunglücks vom 20. Febr. zur Ruhe bestattet...

† Göttha, 24. Aug. Ueber Todesfälle von Soldaten infolge von Hirschschlag mehren sich die...

† Meiningen, 24. Aug. Ueber die bereits gemeldete Feuersbrunst in Gaaßhausen werden der S. Ztg. folgende nähere Angaben gemacht...

geradezu verblüffend schnell um sich gegriffen haben. Binnen 8-10 Minuten war das Dorf ein einziges...

Localnachrichten.

Merseburg, den 26 August 1898.

** Wie das „Merseburger Kreisblatt“ Wahrheitsbeweise liefert, zeigt es wieder einmal in einem mit uns vom Baune...

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes hat sich zweifellos ergeben, daß lediglich eine Unachtsamkeit des diensthabenden Wächstellers die Schuld...

Ohne Rücksicht auf diese selbst für den bössartigen Kräftevervollständig unanpassbare Darstellung des Unglücksfalles schreibt das hiesige Kreisblatt in seiner...

Leipzig und andere Zeitungen gemacht hat. Letzterer Umstand scheint übrigens mit dazu beigetragen zu haben, daß unsere Berichte über den Eisenbahnunfall vom...

** Von freundlicher Hand wurden uns gestern frische Apfelfrüchte gebracht, die man auf einem Baume der Lauchstädter Gasse gefunden hatte.

** Daß beschädigte Reichsmünzen nicht lassenmäßigen Gelde werth haben, wird noch immer viel zu wenig beachtet. Fortgesetzt kommt es vor, daß mit verbogenen oder zerfallenen Münzen aller...

** In weiten Kreisen ist die Meinung verbreitet, Gelder, die in einem unerlaubten Glücksspielen verloren seien, könnten zurückgefordert werden. Diese Ansicht ist, nach einer kürzlich erfolgten Entscheidung des Reichsgerichts, irrig...

** Wichtige Entscheidungen für Radfahrer. In einer vom Landrichter C. Delius vorgenommenen systematischen Zusammenstellung der neuesten Judicatur des Kammergerichts in Berlin...

** Vorschriften für den Betrieb von Locomobilen. Bei dem Halmweidichum der diesjährigen Ernte finden wir in allen Thuren zahlreiche Dienen, die dann gewöhnlich mit der Dampfmaschine gedroschen werden.

Vertical text on the left margin, including names and dates.

Vertical text on the right margin, including names and dates.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Gerumträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 199.

Freitag den 26. August.

1898.

Für den Monat September werden noch Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Der Hausbesitzer-Verband und die Feuer-Versicherung.

Dem Verbandstage der städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine, der kürzlich in Wiesbaden stattfand, lag auch ein Antrag des Hausbesitzervereins in Prenzlau vor, der folgendenmaßen lautet: „Der Verband sollte 1) Vergünstigungen für die Verbandsmitglieder in Feuerversicherungs-Angelegenheiten, analog dem Abkommen bezüglich der Haftpflichtversicherung, zu erwirken suchen und, falls dies an der Ringbildung der Feuerversicherungsgesellschaften scheitern sollte, insofern dem Dinge alle leistungsfähigen Gesellschaften angehören sollten, 2) die Begründung einer eigenen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit im Centralverbande, ähnlich der Leipziger und Hamburger Haftpflichtversicherung, anregen und, falls dieses nicht ausführbar, 3) eine Petition an den Reichstag richten bezügl. Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens.“ Der Antrag wurde vom Verbandstage zwar nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt, es wurde vielmehr beschlossen: „Der Vorstand des Verbandes wird den Antrag des Prenzlauer Vereins prüfen und dem nächsten Verbandstage concrete Vorschläge machen.“ Der Antrag des Vereins zu Prenzlau besteht eigentlich aus zwei Anträgen, deren einer den anderen überflüssig macht. Wenn 2. B. eine Verstaatlichung des ganzen Feuerversicherungswesens stattfinden soll, so haben die Begründung einer eigenen Versicherung auf Gegenseitigkeit oder Verhandlungen wegen Vergünstigungen mit den bestehenden Gesellschaften nicht den geringsten Zweck. Aber auch davon abgesehen, zeigen die Anträge, daß ihre Urheber sich das, was sie verlangen, sehr wenig überlegt haben. Was zunächst die Vergünstigungen für die Verbandsmitglieder anbetrifft, so darf man nicht übersehen, daß heute bereits alle Immobilien versichert sind. In großen Theilen Deutschlands besteht für Immobilien Zwangsversicherung bei öffentlichen Instituten, Feuer- und Brandversicherungsanstalten und wie sie sonst heißen mögen. Wo den Hausbesitzern die Versicherung freigegeben ist, werden sie schon durch das eigene Interesse veranlaßt, ihre Gebäude zu versichern und wenn sie das eigene Interesse verkennen wollten, so würden die Hypothekengläubiger dafür Sorge tragen. Ohne Versicherung giebt es keine Hypothek auf ein Grundstück. Die Feuerversicherungsgesellschaften haben als Gesamtheit oder als „Ring“, wie der Antrag sagt, gar keinen Grund dazu, den Mitgliedern des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Vergünstigungen zu gewähren, ja nicht einmal ein Recht dazu, weil sie dadurch die übrigen Versicherten benachteiligen würden. Selbst wenn ein Verein geneigt wäre, dem Wunsche zu entsprechen, so würde er gar nicht im Stande sein, es auszuführen, weil er in kleineren Städten, in denen vielleicht die Mehrheit der Hausbesitzer dem Verbande angehört, ein so großes Risiko nicht übernehmen könnte. Uebrigens sind die Prämien für Immobilien in Städten, wenn nur für gute Viehsicherungen gesorgt ist, heute schon so gering, daß eine Ermäßigung kaum noch eintreten kann. Mit den Ermäßigungen bei der Haftpflichtversicherung sind Ermäßigungen bei der Feuerversicherung,

namentlich bei der Feuerversicherung von Immobilien, gar nicht zu vergleichen. Die Begründung einer eigenen Gesellschaft kann ja der Verband versuchen; ob seine Mitglieder sich dabei besser stellen würden, als jetzt, ist sehr zweifelhaft; ein öffentliches Interesse aber, einem solchen Vorhabe entgegenzutreten, liegt nicht vor. Zunächst würde der Verband freilich dafür sorgen müssen, daß der Zwang zur Versicherung bei den oben erwähnten öffentlichen Anstalten beseitigt würde; andernfalls könnte nur ein Theil, vielleicht nur ein kleiner Theil der Verbandsmitglieder von der geplanten Einrichtung Gebrauch machen. Ueber die Verstaatlichung des gesamten Feuerversicherungswesens braucht nicht viel gesagt zu werden. Der Ruf nach Verstaatlichung wird heutzutage häufig in Interessentkreisen laut, wenn man unzufrieden ist, aber nicht weiß, was man thun soll, um die Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen. Gätten die Hausbesitzervereine die staatliche Zwangsversicherung, so würden sie, und jedenfalls mit viel mehr Recht, noch viel unzufriedener sein, als sie es heute sind, und sehr bald die Entstaatlichung der Feuerversicherung verlangen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die neuen österreichisch-ungarischen Ministerconferenzen in Sachen des Ausgleichs haben am Mittwoch in Budapest begonnen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Thun, der Finanzminister Raizl und der Handelsminister Dr. Wurmthaler traten debuss Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen in Budapest ein. Für die Ausgleichs-Conferenzen sind drei Tage anberaumt. Wenn möglich, werden beide Ministerpräsidenten am Sonnabend in Wien dem Monarchen Bericht erstatten. Die ungarische Regierung trat am Dienstag zu einem Ministerrath zusammen, um ihren Standpunkt zu präzisieren. Es wird abermals verächtigt, Graf Thun werde beim Kaiser seine Entlassung nachsuchen, falls er bei Ungarn nicht günstige Ausgleichsvorlagen erziele. Der „Köln. Zig.“ wird dagegen „von zuverlässiger Seite“ aus Budapest berichtet, daß bezüglich der rechtlichen Form des vorläufigen Ausgleichsvereinbommens zwischen beiden Regierungen noch in Hül ein Einverständnis erzielt worden ist.

colorchecker CLASSIC

The image shows a color calibration chart with a grid of 24 colored squares arranged in 4 rows and 6 columns. The colors include primary and secondary colors, as well as various shades of gray. Below the grid is a ruler with markings in millimeters and centimeters. The text 'colorchecker CLASSIC' is printed at the top of the chart.

Serbien. Der Kassationshof in Belgrad beschäftigte das gegen den Führer der Radikalen

Partisch wegen Beleidigung des Königs Milan gefällte, auf 9 Monate Kerkerstrafe lautende Urtheil. **China.** Die russisch-chinesische Bank hat in Peking eine Zweigniederlassung errichtet. — Li-Hung-Tschang soll nach einer Meldung aus Peking in Folge englischer Reclamationen seine Demission eingereicht, der Kaiser aber dieselbe nicht angenommen haben. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung.

Spanien und America.

Bezüglich der Philippinen will man sich in Spanien noch immer nicht mit der Thatlage abfinden, daß auch hier die spanische Colonialherrlichkeit zu Ende ist. Die Nachricht, daß America die wichtigste und größte der Inseln, Luzon, mit der Stadt Manila behalten will, klingt nur zu glaublich, so daß man auch in Madrid sich an den Gedanken gewöhnen sollte, daß der spanische Besitz an den Philippinen in Zukunft nur ein lästlicher Fleck sein wird, während America das Beste für sich annektirt. Gleichwohl halten spanische Regierungskreise noch an der Einbildung fest, daß die Philippinen spanischer Besitz seien und bleiben würden. Man klammert sich an einen Passus des Protokolls des Vertrags über die Kapitulation fest, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kommandant Jaundenes nur die Stadt Manila und die nächste Umgebung den Amerikanern ausgeliefert hat. Die letzteren werden aber danach wenig fragen, denn ihrer ist jetzt die eigentliche Herrschaft auf den Philippinen.

Der spanische Ministerpräsident Sagasta erklärte, da Jaundenes in Manila gefangen ist, sei General Rios General-Gouverneur auf den Philippinen. Viel zu regieren hat dieser „Gouverneur“ aber nicht mehr. Nach dem spanischen Ministerrath am Dienstag erklärte der Marineminister Anon, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manilas erhalten. Inzwischen ist aber schon seit einigen Tagen der Wortlaut der Kapitulationsurkunde bekannt, und diese Erklärung des Ministers erscheint uns so sonderbarer, als das Kabel nach Manila wieder funktioniert.

Nach Meldungen aus Manila ist am 16. d. der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zwischen der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Süden und Norden befestigt. — Wie das „Newyorker Journal“ aus Manila berichtet, befehlt Aguinaldo den Australasiatischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernahm die Geschäfte des Gouverneurs.

Daß die Amerikaner die Insel Luzon behalten wollen, geht auch aus einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington hervor, wonach Mac Kinley die Friedenscommission dahin instruirte, „wenigstens“ die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu fordern.

General Augustin, der frühere Generalgouverneur der Philippinen, befindet sich mit seiner Familie an Bord der „Baden“ auf der Rückreise nach Spanien. Der General brach während eines Auftritts zwischen Hongkong und Singapur den Arm.

Die kubanischen Aufständischen setzen in der That, wie mehrfach berichtet wird, ihre Angriffe gegen die spanischen Truppen fort. Schon neulich wurde von einem Zusammenstoß berichtet, wobei die Spanier Sieger geblieben sein wollten. Jetzt soll nach einer Meldung der Londoner „Morningpost“ aus Washington Generalgouverneur Blanco infolge der unangenehmen Angriffe der kubanischen Rebellen auf spanische Truppen aus Madrid die Befehle empfangen haben, die Feindschaften gegen die Insurgenten wieder zu eröffnen.

Die Schuld an der Vernichtung der spanischen Flotte bei Santiago wird nun dem General Blanco zugeschoben. Die spanische Regie-